

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Gesch.-Konto: Hannover 576 13  
Scher.-Konto: Essen . . 241 71

Der Abonnementspreis beträgt durch Boten oder die Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig  
Anzeigenpreis: Die siebenzeilige Kolonelleiste oder deren Raum 100 Goldpfennig

Verantwortlich für den Inhalt: Heint. Limberg, Essen. Druck: L. Hansmann & Co., Bochum  
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Biemelhauer Straße 38-42

Telephon-Nummern: 58, 59, 98  
Telegramm: AIV-Verband Bochum

# 1914 - 1924.

## Zehn Jahre furchtbar wütend Schrecknis...

Zehn Jahre menschlichen Wahnsinns, zehn Jahre Grauen und Not, Dummheit und Unverstand liegen hinter uns. In den kommenden Tagen führt sich der Kriegsbeginn, führt sich die Schaffung der republikanischen Reichsverfassung, und beides ist Anlass genug, auch in den Spalten unserer Zeitung dieser Ereignisse und ihrer Folgen zu gedenken.

Der Krieg war ebenso, wenn nicht noch in höherem Maße, Verhängnis wie Schuld. Wenn in der letzten Zeit immer wieder von deutschen nationalistischen Kreisen versucht wurde, die Verhandlungen in London zu stören durch Aufrollen der Schuldfrage, so sagen wir: Eine Schuldlosigkeit Deutschlands in dem Sinne, wie unsere Nationalisten sie behaupten, gibt es nicht! Deutschland, seine herrschende Klasse und seine Regierungskreise aus der Vorkriegszeit haben ihr voll gestillt und geschüttelt Maß Schuld an der Entwicklung zum Krieg, am Krieg selbst, an seiner Verlängerung und seinen Folgen. Kechnliche Schuld, dem Grade nach verschoben, ist allen am Weltkrieg beteiligten Ländern aufzuzeigen, und die Ursachen von der Gerechtigkeit, in deren Namen man drüben den Krieg zu führen vorgab, sind ebenso hoch, wie manches, was man uns erzählt.

Die Opfer des Krieges sind gar nicht abzuschätzen. Es sind ja nicht nur die zwei Millionen Toter und die weit größere Zahl Verletzte, nicht die 7 Millionen Millionen Deutsche und 3 Millionen in der Welt allein, die die Opfer des Krieges darstellen. Was an Krankheit, Siedtum und Tod darüber hinaus im Krieg und nachher auf Kriegskonten zu setzen ist, entzieht sich jeder Schätzung. Unendlich es Elend, unendliches Leid brachte der Krieg über die Welt und noch immer hat die Menschheit nicht die Lehre aus Vergangenheit gezogen, die selbstverständlich sein sollte. Furchtbar müde es an, wenn man immer wieder feststellen kann, wie rasch und gründlich das Volk den Krieg vergessen hat! Einen Krieg, der noch Tag für Tag nachwirkt und mit diesen Nachwirkungen jeden von uns, all unsere Familien immer wieder aufs neue mit Elend bedroht.

Ohne den Krieg hätte sich der Aufstieg der Arbeiterklasse zu größerer Stellung in Wirtschaft und Staat, ihr Aufstieg zu größerem Anteil an den Kulturwerten langsamer oder rascher fortgesetzt. Nie aber hätten die mit diesem Aufstieg verbundenen Kämpfe solche Opfer gefordert wie der Krieg. Auch nur ein kleiner Bruchteil dessen, was der Krieg kostete, für soziale Aufgaben verwandt, hätte Elend und Krankheit lindern, Kulturwerte schaffen können, nach denen wir heute sehnd ausschauen, ohne sie erlangen zu können.

Und trotz alledem ist Kriegsbegeisterung und Kriegsbegehr noch nicht ausgestorben! Trotz allem spielt man immer wieder mit dem Gedanken eines neuen Krieges! Daß der verlorene Weltkrieg nur ein Kinderpiel gegen den neuen wäre, ist bekannt. Grauenhafte Verwundung von Millionen, die nicht Soldaten sind, wäre die Hauptwaffe dieses neuen Krieges. Verwundung und ähnliche Erregungszustände, Gas, Bomben, Schichtgeworfen, alles Lebendes vernichtend! Miesentanonnen, Tanks und Schützengräben wären überwundene Dinge. Wenn die Arbeiterklasse sich klar wird, daß sie in jedem Lande die Kosten des Krieges bezahlt, so genügt das schon, damit sie sich stets und überall gegen den Krieg entscheidet. Die Schrecken des vergangenen und das Grauen des zukünftigen Krieges sollten aber jeden Menschen, jede Frau zum erbitterten Gegner des Krieges machen und sie sollten Veranlassung sein, jedes Kind in glühendem Haß gegen Krieg und Kriegsgedanken zu erziehen!

In Deutschland wurde in den letzten Jahren Völkerhaß und Kriegsbegeisterung künstlich geschürt, das Volk geübt mit dem Brennstoff, den Unverstand der Sieger im Weltkrieg zusammenzurück. Wohl ist es wahr, daß die Besitzenden Deutschlands sich in nachdem Egoismus ihren Vorstellungen gegen Volk und Staat entgegen, daß sie Geld prägen aus dem Hunger der Massen, daß sie die Wirtschaft zerstören lassen, statt sie aufzubauen. Aber die Sieger haben rechtlich mitgeholfen, daß solche Wirtschaft bei uns möglich war. Beseitigt auf die demokratisch-republikanischen Kreise in Deutschland, hätte vernünftige internationale Politik Deutschland ein paar Jahre früher eine Atempause schaffen und seine Gesundung fördern können. Die Politik Poincarés und des „Comité des Jorges“ war nicht das Mittel, Deutschland zahlungsfähig zu machen und so die internationale Wirtschaft zu bessern. Nichts hat der Entwicklung und der Festigung des demokratisch-republikanischen Gedankens in Deutschland mehr geschadet, als die Politik der Sanktionen, der Besetzung! Das ist um so schlimmer, als nur im Sinne dieses Gedankens ein Wiederaufbau Deutschlands und damit der Friede in der Welt möglich ist. Wenn auch zeitweise dieser Gedanke zurückgedrängt wurde: eine Rückkehr zum Oberleitungsstaat der Vorkriegszeit ist in Deutschland völlig ausgeschlossen. Wenn auch in der Reichsregierung die Arbeiterklasse keine Stütze mehr hat, wenn Bayern, Thüringen, Westfalen und Württemberg reaktionäre Regierungen haben, wenn ihnen noch Hessen und Baden folgen: das ist nur ein Uebergang, beim sicherer wieder eine Zeit folgt, in der die Arbeiterklasse stärker wie jemals das Ruder der Staatsschiffe mitführen!

Die demokratische Republik, wie wir sie in Deutschland heute haben, ist sicher nicht unser Ideal. Aber sie ist eine Notlösung, von der aus wir besser wie von jedem anderen früheren Boden den Empörungskampf der Arbeiterklasse führen können und deshalb sind wir auf Beweise und Verweis mit dieser Republik verbunden, deshalb ist es unsere Republik, die wir mit allen Kräften, auf Leben und Tod zu verteidigen haben!

Die Republik ist die Staatsform, die uns besser als jede andere den Kampf um unser Ziel: die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnnechtschaft, sozialistische Bedarfswirtschaft an Stelle kapitalistischer Privatwirtschaft ermöglicht, sie ist die Staatsform, die es auch wirtschaftlich mit dem demokratischen Gedanken zu durchbringen gilt und deshalb gilt für uns heute, zehn Jahre nach Weltkriegsbeginn, die Parole:

Alles für die Republik!

In dieser deutschen Republik vollzieht sich seit langem ein Kampf um die Macht, dessen Ausgang von entscheidender Bedeutung für die Arbeiterklasse ist. Mit allen Mitteln hat sich die herrschende Klasse Deutschlands in schwerer Zeit ihrer Steuerpflicht entzogen und damit Deutschland zahlungsunfähig gemacht und es den internationalen Gerichtsvollziehern ausgeliefert. Verzweiflung trieb Proletariat zu Wut, trieb sie bei den Wahlen in extreme Lager, so daß wir nach dem 1. Mai 1924 einen Reichstag haben, mit dem keine für die breiten



## Sieben Millionen

Da jedes Volk vom Kriegsgeschrei sich blenden liess,  
War selbst es schuld, dass man es auf die Schlachtbank stieß.  
Es schrie seinen Metzgern noch hoch und hurra,  
Die Leichenberge waren ihm Sieg und Gloria.  
Es frug nicht: Warum? Es frug nicht: Weshalb?  
Sondern ging vor das Messer wie ein geduldiges Kalb.  
Jetzt liegen sieben Millionen im Sand  
Mit Gott für König und Vaterland!

Scharen von Männern waren vom Irnsinn erfasst,  
Vor dem jede Logik, jede Vernunft verblasst.  
Sie zogen mit klingendem Spiel ins Feld  
Und haben sich ihren Brüdern entgegengestellt.  
Sie schlugen sich tot, denn man hat sie vertiert,  
Dafür hat man sie mit Blech dekoriert.  
Jetzt liegen sieben Millionen im Sand  
Mit Gott für König und Vaterland!

Die Mütter, die Frauen - sie alle waren still,  
Uermehnd, dass Gottes unerforschlicher Ratschluss es will.  
Sie fanden kein Wort zum flammenden Widerspruch,  
Kein Schrei der Empörung erschall, kein dreimal heiliger Fluch.  
Was ihr Schoß in Wehen und Schmerzen gearb,  
Brachten sie duldsam dem Mars zur Opferung dar.  
Jetzt liegen sieben Millionen im Sand  
Mit Gott für König und Vaterland!

Im Vaterland haben Hyänen das Volk ausgeraubt,  
Weil es nah den Lügen der Kriegshetzer geglaubt.  
Wo Kugeln pfeifen, muss man vorsichtig sein,  
Denn lebten sie lustig bei Weibern und Wein.  
Der Herr General hat sein kostbares Leben geschenkt,  
Und wurde dafür mit dem „Pour le mérite“ belohnt.  
Jetzt liegen sieben Millionen im Sand  
Mit Gott für König und Vaterland!



Waffen des Volkes erträgliche Politik zu machen ist. Dieser Reichstag soll die Lastenverteilung aus den Reparationsverpflichtungen regeln. Diese Last ist nur zu tragen (ob dauernd, ist noch eine offene Frage), wenn Profitsucht und Parasitentum in weitem Umfang aus der Wirtschaft ausgeschaltet, wenn die Wirtschaft aus ihrer bisherigen Planlosigkeit in einen straffen planmäßigen Rationalisierung zugeführt wird. Das bedeutet aber Ausschaltung zahlloser parasitärer Existenzen, die Verstopfung unmoralischer kapitalistischer Profitsquellen und ruft deshalb den erbitterten Widerstand aller am heiligen privatkapitalistischen Eigentum Interessierten hervor. Selbstverschuldete Kreditnot drückt Industrie und Landwirtschaft, die beide in der Inflationszeit ihre Sachwerte vermacherten, das ausfließende Geld in Palästen und Neubauten, Klubs, Klavieren und Ausstattungen für Generationen anlegten. Heute schreien sie nicht nur nach Kredithilfe, sondern nach neuem Putsch, der wiederum die Vermögen auspovert. Und nicht genug damit: ihre ganze politische Weisheit besteht darin, die Lage unseres Landes zu erschweren durch Sabotage internationaler Verständigung. Deshalb ist Erkenntnis der großen wirtschaftlichen und politischen Gefahren unserer Tage Pflicht eines jeden Kameraden, da nur aus solcher Erkenntnis Wille und Kraft zu energischem Kampf für das Leben unserer Klasse, unseres Volkes erwachsen können.

International sein, wie Sozialdemokraten und Freigewerkschafter dies immer waren, galt nach bürgerlichen Begriffen lange für eine Schande. Deutsch mußte man sein in dem Sinne unserer Zeitgenossen, die Deutschland als den Nabel der Welt, das deutsche Volk als das anderwärts betrachteten, das bezuhen sei, an deutschem Wesen die Welt genesen zu lassen, dann erst war man nach der Meinung dieser Leute Patriot. Wir haben diese Auffassung immer abgelehnt, weil wir erkannten: Jedes Volk hat seine Qualitäten, die den Interessen der Menschheit dienlich gemacht werden müssen. Kein Volk ist das anerschwächte, vollkommene; alle Völker sind aufeinander angewiesen, wenn die Welt nicht zugrunde gehen, sondern sich vorwärts und aufwärts entwickeln soll. Deshalb waren und sind wir international, ohne deswegen schlechte Deutsche zu sein. Wir Deutsche haben neben unseren Fehlern Qualitäten, die nicht überall zu finden sind. Wir haben zur Völkergemeinschaft der Zukunft Wertvolles mitzubringen, wie das bei anderen Völkern auch der Fall ist. Aber auch die nahe Ermüdung, aus dem Tag geboren, zwingt zu internationaler Denkwiese: Deutschland soll Reparationen leisten. Durch den Krieg und seine Folgen, durch eine falsche Friedenspolitik der Allerten wurde das schwer, zu umwälzen gemacht und erst nachdem wirklich internationale Arbeiter-

legung an die Stelle kurzfristigen Völkeregoismus tritt, wird diese Leistungsfähigkeit Deutschlands und damit die Gesundung der Weltwirtschaft möglich sein.

Aber auch der Kampf der Arbeiterklasse wird immer mehr international sein! In Deutschland verlängert man die Arbeitszeit - schon droht den Arbeitern der benachbarten Länder dasselbe Schicksal! Was liegt näher, als den internationalen Kampf der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Entrechtung zu fördern durch internationale Verständnisse, das Vorbedingung internationaler Aktionen sein muß!

Der Internationale Bergarbeiter-Kongress, der in den ersten Augusttagen in Prag zusammentritt, wird sich beschäftigen mit allen Fragen des Berufs, Arbeitens, Lohn, Urlaub, Pensionierung, Unfallgefahr usw. Er wird aber auch keine besondere Aufmerksamkeit zuwenden der Frage der internationalen Verständigung, der internationalen Unterbringung, des internationalen Kampfes.

Ein hoffnungsvolles Glück auf widmen wir diesem Kongress, von dem wir kein Wunder, wohl aber eine wirksame Förderung internationaler Verständigung erwarten.

1914-1924! Ein langer Leidensweg für das Proletariat der Welt, für das deutsche insbesondere. Welche jeder von uns, jeder Mann und jede Frau, den Fluch erkennen, der im Vergessen liegt!

Warum habt ihr so rasch das Grauen des Krieges vergessen? Warum habt ihr zu Millionen in den Wind geschlagen, was proletarische Solidarität euch lehrte? Heute trägt ihr die Folgen und ihr werdet sie noch lange und noch schlimmer tragen, wenn ihr nicht selbst alle Konsequenzen aus der Erkenntnis eurer Klassenlage zieht und nicht alle müde und verworrenen Köpfe erhebt, auf denselben Weg bringt.

Durch eine Organisation eures Lebens, eurer Gesundheit, eurer Erfolge!

Durch den wirtschaftlich-politischen Kampf Aufstieg zum Kulturmenschentum!

Durch internationale Verständigung, durch das Gelübnis: Nie wieder Krieg, durch internationale Proletariatkämpfe zum Völkertfrieden!

### Krieg dem Kriege!

#### Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Erinnert euch an die Zeit, als der große Krieg begann! Nicht zehn Jahre zurück! Erinnert euch vor allem an die ersten Tage und Wochen, wo ihr noch nicht wußtet, was ihr irrt in Schmerzen und Tadeln erfahren habt. Millionen ruhen in den Gräbern; Millionen kämpfen leben unter uns; Millionen Kinder werden die Leben lang dem Stempel der „großen Zeit“ tragen; Millionen sind arbeitslos; Millionen darben und hungern. Noch sind die Kammern nicht aufgebaut, noch ist die Wirtschaft nicht im Gange; noch steht jeder, der sehen will, die Verbrüderung des Krieges.

Aber schon wagen sich die Kriegshetzer wieder hervor. Sie insultieren auf die Vergesslichkeit der Menschen. Daher rufen wir euch zu: Benutzt dieses Gedächtnisjahr des Kriegesbeginns, um die Erinnerung zu wecken an alle Greuel, die wir erlebt, um das Bewußtsein zu festigen, daß nie wieder Krieg sein darf.

Aber das Gefühl des Abnehmens vor dem Krieg genügt nicht. Die Völker müssen zur Erkenntnis der Ursachen der Kriege kommen, um sie zu beseitigen. Deshalb genügt es uns nicht, die Verbrechen, deren Schuld in ihren eigenen Dokumenten zweifelsfrei festgestellt ist, zu verfluchen, sondern wir müssen eine Weltordnung befechtigen, die immer wieder Kriegsverbrechen erzeugt, die uns ständig mit allem Unheil der Barbarei bedroht.

Im Krieg verflüchtete man, daß kein Ergebnis der Völkerbund sein werde, der künftig Kriege unmöglich machen werde. Aber wie weit entfernt ist die Organisation, die heute diesen Namen trägt, von der Verwirklichung des großen Gedankens der friedlichen Organisation der Welt! Wir fordern, daß in den Völkern und alle Staaten aufgenommen werden, daß er ein Instrument der Völker und nicht der Regierungen werde. Wir wollen keine Gelegenheit der Verständigung unbenutzt und ungenutzt lassen. Aber wir wissen: Das kapitalistische Interesse kommt immer wieder in Widerspruch mit der friedlichen Organisation der Welt. Und daher wird die Kriegsgefahr bestehen, solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht.

Wir wollen arbeiten gegen die Kriegsgegnung, gegen die Geheimdiplomatie, für allgemeine Abrüstung, für friedliche Verständigung und internationale Schiedsgerichte, wir wollen alle Kräfte organisieren in unseren Gewerkschaften und Genossenschaften, in unseren politischen Organisationen, in den Parlamenten, in den Institutionen des Völkerbundes und überall, wo wir uns geltend machen können. Wir wollen uns international zusammenschließen, um den internationalen Abwehrkampf in allen Formen bis zum Generalkrieg vorzubereiten. Aber wir wissen, daß alles dies nur die Kriegsgefahr einschränkt, sie nicht beseitigt.

Daher gibt es keinen Weg, als die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu zerstören; wir müssen die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigen. Die Herrschaft der Arbeiter in allen Ländern wird nicht nur das Ende der Ausbeutung, sondern auch das Ende der Kriege sein.

Deshalb rufen wir euch auf, in gewaltigen Demonstrationen der Menschheit zum Bewußtsein zu bringen, daß sie noch immer an demselben Abgrund des Wahnsinns und Verbrechens steht wie im Juli 1914.

Gedenket des großen Vorkämpfers des Weltfriedens und der sozialistischen Gesellschaftsordnung; gedenket Jean Jaurès, des ersten Opfers im Weltkrieg!

Gedenket der Tausende und Tausende treuer Genossen, die uns entrisen wurden; gedenket der Tausende Krüppel, die ihre Arbeitsfähigkeit verloren; gedenket der Leiden der Frauen und Kinder!

Denket, Arbeiter und Arbeiterinnen, und vor allem auch ihr, Jugendgenossen, an eure große geschichtliche Aufgabe und gelobet, daß ihr nicht erlahmen wollt im Krieg gegen den Krieg!

Der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam).

Die Sozialistische Arbeiterinternationale (London).

Die Sozialistische Jugendinternationale (Berlin).

# Nachklänge zur Ruhrknappschaffswahl.

## Wenn der Hund nicht . . . usw.

Wies man die Rückblende, die sich der „Bergknapp“ in seiner Nr. 29 vom 19. Juli d. J. zur Ruhrknappschaffswahl leistet, so fällt einem unwillkürlich jenes bekannte Bild mit dem Hund, dem Hasen und dem hier angebotenen Spruch ein. In einer Sprengelwahlgruppe hätten wir ein Mandat erhalten, wenn unsere Kandidaten statt der 71 in dem Sprengel auf sie entfallenden Stimmen 73 erhalten hätten. In einem anderen Sprengel erhielten unsere Kandidaten 21 Stimmen, wenn sie 16 Stimmen erhalten hätten, so wäre der Sprengel ebenfalls uns zugesallen.“ An einer anderen Stelle heißt es, daß nur 11 Stimmen gefehlt hätten. Diese 11 Stimmen wären dagegen gewesen, wenn ihnen Parum dem so jagst, ihr „lieben Brüder“? Die Wennmöglichkeit läßt sich noch anderes auswerten, z. B. wenn der christliche Gewerksverein 100.000 Stimmen mehr bekommen hätte, dann wäre er an die erste Stelle gekommen und der Bergarbeiterverband würde zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken sein.

### Die verfolgte Unschuld.

Die Wahlbetrachtungen des „Bergknapp“ erwecken den Anschein, als ob der Ausgang der Wahl den Gewerksverein doch enttäuscht hätte. Daß Leute, die eine Enttäuschung erleben, auch etwas verärgert sind, ist eine altbekannte Tatsache. Dem Schreiber der Wahlbetrachtungen des „Bergknapp“ kann man deshalb wohl nachfühlen, wenn er seinem Verger Luft zu machen versucht und sich an unseren Verband reißt. Daß er aber angesichts der Kampfesweise des christlichen Gewerksvereins sich als die „verfolgte Unschuld“ aufspielt, ist doch ein starkes Stück. Er redet da von Oberflächlichkeit und Uebertreibungen, die sich angeblich der Bergarbeiterverband in einigen Artikeln zur Knappschaffswahl zuschreiben kommen ließ. Die Behauptungen, die in der „Bergarb.-Ztg.“ aufgestellt sind, entkräftet er aber nicht im geringsten. Ist es denn etwa nicht wahr, daß der christliche Gewerksverein für die Leistungen des Knappschaffsvereins in den letzten Jahren mit verantwortlich ist?

In dem christlichen Flugblatt, das in den letzten Tagen vor der Wahl herausgegeben wurde, werden die Leistungen der Pensionskassen an Jubilanten, Witwen und Waisen aus den verschiedenen Jahren zu den Verwaltungskosten in Vergleich gebracht. Größtenteils Demagogie ist es, daß nur die Leistungen einer einzigen Versicherungsabteilung zu den Verwaltungskosten aus allen drei Versicherungsabteilungen ins Verhältnis gebracht werden. Dadurch wurde bei den Bergarbeitern der Eindruck erweckt, als ob die Verwaltungskosten zu den übrigen Ausgaben für die Versicherten bereits 1921 60 Prozent ausmachten. Die Bergarbeiter verstanden dies auch so. In Wirklichkeit betragen die Verwaltungskosten 1921 12,8 Prozent der Ausgaben. Der Schreiber des Flugblattes mußte auch wissen, daß die Verwaltungskosten im Jahre 1921 schon allein aus dem Grunde größer sein mußten, weil 1921 die Krankenkasse einen größeren Anteil der Verwaltungskosten verumrächte als 1913. In diesem Jahre war noch keine Wochenhilfe vorhanden und auch keine Familienhilfe. Auch wurde 1913 nicht alle zwei bis drei Monaten eine Verordnung erlassen, die letzten Endes zur Erhöhung der Verwaltungskosten einwirkte, wie es 1921 der Fall war. Außerdem konnte ja der Prozentsatz der Verwaltungskosten nur deshalb so hoch sein, weil die Leistungen der Pensionskassen niedrig waren und hierfür war der christliche Gewerksverein ebenso verantwortlich, wie alle übrigen Organisationen der Arbeitsgemeinschaft, weil er mit den Beschlüssen der Generalversammlungen einverstanden war.

Hat der Leiter der Knappschaffsabteilung im christlichen Gewerksverein vergessen, daß am 25. Juli 1920 in Bochum eine gemeinsame Konferenz der Generalversammlungsdelegierten des Bochumer Knappschaffsvereins tagte und in der man sich auf gemeinsame Anträge zur Generalversammlung einigte? Ist es dem christlichen Gewerksverein nicht mehr bekannt, daß in der Generalversammlung am 15. Okt. 1920 keine Delegierten den Beschlüssen der Generalversammlung zustimmten? Der Generalversammlungsbeschluss von 1920 gab aber die Grundlage für die Höhe der Leistungen im Jahre 1921 an. Wenn der christliche Gewerksverein also in seinem Flugblatt und an anderen Stellen von zu niedrigen Leistungen sprach, so hat er sich selbst damit ins Gesicht geschlagen, denn es ist uns nicht bekannt, daß er wegen der nicht genügenden Erhöhung der Leistungen einen Skandal geführt hätte.

Wunderbar ist es auch, daß „ausgerechnet“ die Bochumer Christen sich darüber beschwerten, daß anlässlich des Wahlkampfes wieder die alten Schimpfereien begonnen worden sind, so z. B. hätte man den Ausdruck „Verräter“ und „Zentrumsgeherde“ hören können. In dem Artikel, wo der Ausdruck „Verräter“ gebraucht wurde, ist der christliche Gewerksverein gar nicht genannt worden. Es scheint aber, als ob einzelnen Christen dieser Schmutz geplatzt hat und sie sich denfalls angezogen haben. Der „Zentrumsgeherde“ war die Antwort auf den „sozialistischen“ Verband. Alles nach dem Grundgesetz: Wie du mir, so ich dir! Wenn die Bochumer Christen sagen, daß im großen ganzen der Wahlkampf sachlich geführt worden ist, so trifft das auf den Bergarbeiterverband zu. In keinem einzigen seiner Flugblätter ist er den Organisationen, die der Arbeitsgemeinschaft angehören, nahe getreten, er hat sie nicht einmal erwähnt. Ganz anders ist das aber bei den Christen der Fall, die in einer demagogischen Aufmachung im Flugblatt als auch in Artikeln den Vorstandskollegen des Bergarbeiterverbandes allerhand Unerwünschtes machten. U. a. bezichtigte man unsere Vorstandskollegen, daß sie stets mit den Unternehmern durch die Hand und dünn gingen, daß sie münnerschuldig wären, daß die Familienhilfe abgebaut wurde, daß die Kerze sich ihr Honorar selbst festsetzen könnten und noch anderer Schandbata.

### Die „Schulhörsen“ und der „Hebergeist“.

Da der Artikelschreiber im „Bergknapp“ nicht so recht imstande ist, dem Verbands etwas am Luge zu finden, wird er persönlich. Er spricht da von „Schulhörsen“, einen der Artikelschreiber des Bergarbeiterverbandes zur Zeit der früheren Knappschaffswahlkampfe noch nicht erwachten war und gibt ihm den Rat, sich auf den Hofenboden zu setzen und nochmals die Geschichte der Bergarbeiterverbände und der Knappschaffswahlkampfe zu studieren. Der Rat ist leider nicht so gut, wie er auf den ersten Blick aussieht, denn es soll sogar Leute geben, die schon mehrere Tugend Hofenboden durchgefressen haben und doch nicht aus der Geschichte Flug geworden sind. Allen Anschein nach trifft das auch auf den Schreiber der Wahlbetrachtungen des Gewerksvereins zu.

Dann ist auch im „Bergknapp“ etwas vom „Hebergeist“ zu lesen, der nur eine solche Logik aufbringen und den Gewerksverein für die niedrigen Leistungen beim RWB in den letzten Jahren mitverantwortlich machen kann. Der Hebergeist scheint doch auf der anderen Seite zu sitzen, er hat es nämlich sogar fertig gebracht, was bisher selbst alle Radiowissenschaftler nicht zustande bringen konnten. Am 22. Juli wurde nämlich in der Zentrumsprelle von einem großen Siege des Gewerksvereins in Zwickauer- und Georgsmarienhütte berichtet, trotzdem die Wahl erst einen Tag später, also am 29. Juli, stattfinden mußte. Dieser „Hebergeist“ hatte bereits einige Tage vorher aus-

bori errungen hatte. Ja, ja, es geht nichts über die „hohen“ Verbindungen, die eine edle christliche Seele jeder anderen gegenüber voraus hat.

### Die Verhältniswahl mit bitterem Beigeschmack.

Daß von der Verhältniswahl, wie sie jetzt getätigt wurde, auch viele christliche Wähler einen bitteren Beigeschmack bekommen haben, ist eine bekannte Tatsache. Die Anschauung, daß der Vertreter der Vertrauensmann der Knappschaffsmitglieder im Sprengel sein muß, hat unter den Bergarbeitern eine so tiefe Wurzel gefaßt, daß überall dort, wo nach der jetzigen Verhältniswahl ein Vertreter nur mit ein paar Stimmen gegenüber einem anderen Kandidaten gewählt wurde, der oft das vierfache der Stimmzahl des Sprengels auf sich vereinigte, eine ungeheure Erbitterung auch unter den christlichen Knappschaffsmitgliedern plügend. Die Verhältniswahl in allen Erken, wenn ihr Sinn gewahrt bleibt, daß die Mehrheit herrschen und die Minderheit mit berücksichtigt werden muß. Wenn aber die Verhältniswahl es mit sich bringt, daß eine bedeutungslose Minderheit über eine überproportionale Mehrheit der Knappschaffsmitglieder herrschen kann, dann ist das Verhältniswahlrecht ein Unfug, was wir hier nochmals betonen. Die Verächtlichung der Minderheit hätte sich auch auf einem anderen Wege erreichen lassen können. Sollte in den Organen der Reichsknappschaff ein solcher Fall eintreten, daß ein einzelner Minderheitsvertreter den Einfluß aller übrigen Vertreter dadurch auszuscheiden versucht, daß er mit den Unternehmern geht, so werden um die Zukunftimmung in der Knappschaffs noch allerschwerere Stämme in der Zukunft eintreten.

### Die verflügten Verbandsfunktionäre.

Die längsten Gesichter machten nach dem Ausfall der Ruhrknappschaffswahl die Unionisten; kostten sie doch, daß sie diesmal das Neuen machen würden. Großspurig schrieben sie in der Presse, die ihnen zur Verfügung stand, daß der Verband seine Duldung bei der Wahl bekommen würde. Aber o Schreck, die Leitung bekam die Union, verlor sie doch bei der Knappschaffswahl über 65.000 Stimmen gegenüber der Betriebsrätewahl im März. Was wunder, wenn die Unionisten auf der Suche nach den Schuldigen sind. Sie klagen ihre Funktionäre an, daß sie ihre Pflicht nicht getan hätten, hingegen tun sie den Funktionären des Bergarbeiterverbandes das beste Zeugnis ausstellen, indem sie sagen, daß der Funktionärkörper das beste Zeugnis ausstellen, indem sie alles auf sich, das bisher Erreichte zu halten. Auch soll nach ihrer Meinung der Parteiparagraf der SPD. in Gemeinschaft mit dem Bergarbeiterverband in größtmöglicher Weise schon Wochen vor der Wahl registe Propagandaarbeit geleistet haben. Das Zeugnis, das unseren Funktionären ausgestellt wird, gereicht diesen zur Ehre. Aber das weiß doch wohl die Ruhrbergarbeiterzeitung auch, daß auch die Union an Propagandarbeiten in den letzten Wochen es nicht hat fehlen lassen. Bereits während des Ruhrkampfes wurde ein Flugblatt nach dem andern in die Masse geworfen und die Führer des Bergarbeiterverbandes als Verräter beschimpft. Aber das müssen die Unionisten sich als Lehre dienen lassen, daß allzu sehr schartig macht. Wenn man stets nur von Verrätern, Lumpen u. dergl. redet, so gibt schließlich auch der einfältigste Kumpel nichts mehr auf diese Schimpereien.

### Die Kohlenlieferungen nach dem Dawesplan.

Der deutsche Bergbau, insbesondere der Rheinland-Westfalens, hat als Lieferant der Sachleistungen in der Geschichte der Reparationen eine beachtliche Rolle gespielt. Bis zur Ruhrbesetzung hat Deutschland über 56 Millionen Tonnen Reparationskohlen an die Entente geliefert. Die Mengen, welche die Besatzungsmächte während der Widerstandperiode aus dem besetzten Ruhrgebiet erlangten, waren dagegen verhältnismäßig gering. Nach französischen Quellen lieferte das Ruhrgebiet vom 11. Januar bis Ende Dezember 1923 5,9 Millionen Tonnen Kohlen (Koks eingerechnet). Nach Italien, wohin die Lieferungen fortgesetzt wurden, gingen 1,45 Mill. T. Insgesamt hat die Entente also während 1923 etwa ein Drittel dessen erhalten, was Deutschland 1922 an Kohlen lieferte. Unter der Wirkung der Ricumverträge haben sich die gelieferten Kohlen- und Koks mengen erhöht. Das Liefereroll machte 27 Prozent der Ausfuhr aus, seit dem 1. Juni etwa 25 Prozent. Im 1. Quartal 1924 sind schätzungsweise 6 Millionen T., davon etwa 1,3 nach Italien, geliefert worden. Für das 2. Quartal liegen brauchbare Ziffern noch nicht vor, mengenmäßig wird wegen des Ausfalls der Ruhrförderung eine Verringerung zu verzeichnen sein. Wie man sieht, handelt es sich um beträchtliche Werte, die über dem Wege der Kohlenreparationslieferungen an das Ausland übertragen werden. Nach dem Sachverständigenratgutachten sollen nun die Sachlieferungen beibehalten werden, einmal, weil sie im Versailler Vertrage vorgesehen sind, dann, weil sie gegenwärtig für die Wirtschaft mehrerer alliierter Staaten unentbehrlich sind, und endlich, weil Sachleistungen — wenn nicht übertrieben — nach Ansicht der Gutachter einen Anstoß für die deutsche Produktivität bilden können und auf diese Weise zur Erzielung eines größeren Ausfuhrüberschusses beitragen würden. Die internationalen Sachverständigen stehen nämlich auf dem auch von anderen Wirtschaftskennern vertretenen Standpunkt, daß Reparationszahlungen selbst nur durch einen Exportüberschuss finanziert werden können, wie überhaupt „sowohl Deutschlands Last als auch die Vorteile der Alliierten aus Vertragszahlungen in Waren und Dienstleistungen bestehen“. In welchem Umfang aber Sachlieferungen möglich sind, darüber sagt der Dawes-Bericht nichts aus. Der amerikanische Sachverständige Young — ein Mitglied des Dawes-Komitees — meinte kürzlich, darüber befragt, das könne kein Mensch sagen, sondern nur die Erfahrung lehren. Allerdings geht auch in diesem Punkt der Optimismus der Gutachter ziemlich weit. Im ersten Jahre sollen nämlich für 800 Millionen Goldmark Sachlieferungen getätigt werden und im zweiten, also 1925/26, monatlich für die volle Jahresrate von 120 Millionen, wobei dann die Besatzungskosten — wie gegenwärtig — aus dem Erlöse der Sachleistungen zu bestreiten wären, die von den Regierungen gemacht werden, welche Gruppen unterhalten. In den folgenden Jahren erhoffen die Gutachter anscheinend noch größere Sachlieferungsmengen, deren Umfang die Reparationskommissionen zusammen mit dem im Dawesplan vorgesehenen Ueberweisungsausschuss festsetzen soll.

Die dabei auftretenden Schwierigkeiten liegen auf der Hand. Es sind nicht Schwierigkeiten, die von Deutschland ausgehen. Die Staatsmänner der deutschen Reparationspolitik haben immer wieder dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß es ratsam sei, Deutschlands Reparationsverpflichtungen mehr durch Sachlieferungen als durch für die Währung gefährliche Devisenübertragungen abzutragen. Doch zeigte sich sehr bald, daß die Abnahmebereitschaft des Auslandes für Sachlieferungen begrenzt ist. Das Wiesbaden-Protokoll, die ergänzenden Abkommen mit Bemelmans und Gillet, aber auch private Lieferungsverträge (Stimmes-Kuberka z. B.) blieben ohne Erfolg. Darin liegt ja die ganze auch vom Dawes-Gutachten nicht gelöste Problematik der Reparationen, nämlich, wie weil eine Reparationsleistung Deutschlands überhaupt für die Reparationsleistung des Auslandes möglich ist, wenn die Reparationsleistung des Auslandes nicht durch Sachlieferungen ersetzt werden kann.

eines Landes, auf den Weltmarkt gebracht, bleibt nicht ohne ungünstige Einwirkungen auf den gesamten Markt der Erde und engt die Arbeitsgelegenheit des Auslandes erheblich ein. Daher sind die Mitglieder der französischen Industriellen gegen Sachlieferungen erklärlich, daher ist das offenkundige Mißfallen der Engländer über den Weiterverkauf deutscher Reparationskohlen durch Frankreich verständlich — aber das Ausland soll dann hinterher nicht sagen, daß daran der mangelnde deutsche Erfüllungswille schuld ist.

Dieser Tatbestand war den Sachverständigen bekannt; daher wünschten sie nach Möglichkeit die Lieferungen auf natürliche Erzeugnisse Frankreichs beschränkt zu sehen, etwa auf Koks, Stahls, Farbstoffe usw., weiter auf Artikel, zu deren Herstellung nicht die vorübergehende Einfuhr eines erheblichen Prozentsatzes ihres Wertes nach Deutschland notwendig ist. Nun aber ist Deutschland ein Rohstoffarmes Land geworden, den Großteil der Rohstoffe unserer Produktion müssen wir einführen. Zweigt man Rohstoffe für Reparationszwecke ab, so erhöht sich dadurch der Einfuhrbedarf und vermindert sich damit die auf Exportüberschüssen beruhende Uebertragbarkeit von Reparationsleistungen. Wir haben diese Entwicklung bei der Kohle deutlich beobachten können. Hier liegt ein merkwürdiger Widerspruch in dem auch sonst nicht widerspruchsfreien Dawes-Gutachten. Außerdem ist die Aufnahmefähigkeit des Auslandes auch für Kohlestoffe nicht in jedem Umfang gegeben. In letzter Zeit mehrten sich die Stimmen aus den empfangsberechtigten Ländern für Reparationskohlen, daß die ihnen zugeordnete Kohle in eine wirtschaftliche Plage umzuschlagen droht. Bewegliche Klagen darüber kommen aus belgischen Bergbaukreisen, aber auch in Frankreich scheint der Bedarf an Reparationskohlen zurückzugehen. Wie kürzlich gemeldet wurde, sind seit dem 10. Juli die Ruhrkohlelieferungen vermindert worden und zwar auf das Verlangen der französischen Hüttenwerke, welche nicht mehr wissen, wo sie den ihnen überwiesenen Koks unterbringen sollen, woraus allerdings nun noch nicht zu folgern ist, daß für Frankreich die Kohlenfrage schon gelöst wäre. Daß endlich England die deutschen Reparationskohlenlieferungen mit recht gemischten Gefühlen betrachtet, ist bekannt.

Wie erklären sich die Tatsachen? Nun — die Weltkohlennot, von welcher man einige Jahre nach Kriegsende reden konnte, ist längst vorüber. Die Weltkohlenförderung 1923 ist fast die größte seit Ausbruch des Krieges gewesen (114 Mill. Tonnen) und kommt in ihrem Ausmaß nahe an die Weltkohlenproduktion von 1913 (1218 Mill. T.) heran. Tedechem im Vordergrund stehende Mengenfrage ist jetzt durch die Preisfrage abgelöst, d. h. auf dem Weltmarkt der Welt herrscht ein ziemlich scharfer Wettbewerb. Der Produktionsmenge nach, aber auch der Billigkeit des Preises nach steht jetzt Amerika an erster Stelle. Förderkohle, die in Deutschland 16,30 Goldmark ab Reche kostet, in England 15,20 Goldmark, kostet in Amerika 7,10 Goldmark die metrische Tonne. Dieser Umstand macht den europäischen Kohlenproduzenten allerhand zu schaffen. Verdrängt man ierner noch, daß die Produktion der europäischen Kohlenverkauenden Industrien (Wäselein, Stahl) zurückgegangen ist, so sind die Absatzmöglichkeiten für Kohle durchaus erklärlieh.

Es gibt nur ein Land, welches für die Weiterführung der Reparationskohlenlieferungen ein eminentes Interesse hat — Frankreich. Frankreich ist aus dem Kriege als führendes Eisenland hervorgegangen und bedarf zur Entfaltung seiner Produktivkräfte der Kohle. Wie oft ist schon gesagt worden, ohne doch an Richtigkeit eingebüßt zu haben, daß Kohle und Eisen sich über die politischen Grenzen hinweg die Hand reichen müßten — im beiderseitigen Interesse. Frankreich hat immer noch eine starke Kohleneinfuhr aus England und wünscht sich von dieser unabhängig zu machen, daher das störrische Festhalten an den Kohlenkauteln von Versailles. Diese Kohlenbestimmungen tragen eher Zwangscharakter, der ja durch das Ricumvertrage noch besonders hart unterstrichen wird. Mit solcher Einstellung jedoch ist ein ersprießliches Zusammenkommen unmöglich. Solange der Umfang der Kohlenlieferungen ohne Rücksicht auf die deutsche Leistungsfähigkeit und ohne Rücksicht auf den durch sie verursachten valutenschädigenden deutschen Kohlenimport festgesetzt wurden, haben sie der deutschen Wirtschaft außerordentlichen Schaden zugefügt. Wenn nach dem Dawesplan die Kohlenlieferungen weitergehen sollen, so müssen sie in eine Form gebracht werden, welche derartige Schädigungen ausschließt, und diese Form bietet sich in handelspolitischen Verträgen, unter Mitwirkung des Reiches. Aber noch die weitere Erwidmung drängt zu solcher wirtschaftlichen Verständigung. Die Bezugsberechtigungen für Kohlen nach dem Versailler Vertrage enden 1930, der Dawesplan geht aber weit über diesen Zeitpunkt hinaus. Europas Befriedigung verlangt eine Regelung auf längere Sicht. Es ist deshalb einer der wichtigsten Gesichtspunkte der gegenwärtig tagenden Londoner Konferenz, daß deren dritter Ausschuss zur Durchführung der Naturallieferungen kommerzielle Verträge vorschlägt, die durch ein Abkommen mit der deutschen Regierung wirksam werden sollen. Deutschland muß wieder Kohlenexportland werden und die Möglichkeit dazu erscheint nicht ausgeschlossen. Dann aber möchten die hinausgehenden Kohlen nicht Sprengmittel, sondern Bindungen zwischen den schwergeprüften Völkern Deutschlands und Frankreichs darstellen. Der Zwang wird auf die Dauer steril bleiben. Wenn Europa sein Gleichgewicht wiederfinden soll, dann muß es sich gründen auf den großen Gedanken der weltwirtschaftlichen Solidarität: „You need us — We need you!“ — „Ihr braucht uns und wir brauchen euch!“

### Die „verwehrte Opposition“.

#### Ultraunionistische Streikrichter zu unserem Verbandsstag.

Der „Kampfruf“, das Blatt der Allgemeinen (syndikalistischen) Arbeiterunion, nimmt in seiner Nr. 29 Stellung zu unserer 24. Generalversammlung in Dresden. Nach der üblichen, fast abgeriebenen „Erlebdigung“ des Verbandsstages und seiner Beschlüsse läßt sich dieses Organ hyperbaltischer Grabschreier der revolutionären Phrase über das Wirken der kommunistischen Opposition folgendermaßen aus:

„Die „Opposition“ auf dem Kongress war gleich null. Dem Vorstand wurde das Vertrauen gegen drei Stimmen ausgesprochen. Nach dem Bericht der „Bergarbeiter-Zeitung“ sollen 19 „Kommunisten“ delegiert gewesen sein. Demnach hätten 16 davon für den alten Vorstand gestimmt. Wenn diese Meldung auf Wahrheit beruht, so zeigt dieses die Verwerfung der „Opposition“. Die Zellenstatistik im Bergarbeiterverband hat vollständig Schiffbruch erlitten, das kommt durch diese Generalversammlung scharf zur Geltung.“

Angeht die Widerstandskraft, die unsere Organisation gegenüber dem wütenden Ansturm der sozialpolitischen Unternehmerraktion aufzubringen hatte, ist es doch nur ganz selbstverständlich, daß die „Zellenstatistik“ innerhalb unseres Verbandes Schiffbruch erleiden, d. h. am gesunden Sinn der schwer um ihre gewerkschaftliche Daseinsberechtigung ringenden Bergarbeiter scheitern mußte. Wenn die 16 Kommunisten dem Vorstand ihr Vertrauen bei der betreffenden Abstimmung aussprachen, so ehrt diese Tatsache nur die betreffenden Delegierten. Diese Kameraden waren eben so charaktervolle Verbandsfunktionäre, daß sie nach Entgegennahme des Vorstandsergebnisses sich einen eigenen Versuch zu bilden verstanden und nicht erst auf irgendwelche Parteiparolen kommunistischer Halbgotter warteten.

Für die Bergarbeiterschaft war diese Einmütigkeit ein Zeichen hoffnungsvoller Gesundung, für die Zersplitterter von Schlage der Welt-Arbeiterunion jedoch eine nicht mißzuverstehende Abgabe der gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter.

Deshalb das ärgerliche Geträgze!

### Zur Schlagwetterexplosion auf Bonifazius.

Die Explosionsursache bleibt in ein mysteriöses Dunkel gehüllt. Die Untersuchungsberichte der Grubenoberaufsichtskommission sind, weil die Beteiligten alle tot und andere erklärende Anhaltspunkte fehlen, ohne wesentlichen Erfolg geblieben. Es einigermaßen zuverlässig kann folgender Vorgang vor der Explosion bezeichnet werden: Etwa eine Stunde vorher schloß die Kammerabfuhr ab. Schlagwetter entzündete dem Gesent fortwährend, waren jedoch nach Lage der Dinge ungefährlich. Auch der Bremskammerkopf war genügend belüftet. Die Schiffe mußten starke Gasbläser lösen. Der Steiger traf die Kammerabfuhr (zwei Häuser und ein Haispelwärter) beim Verzehren des Butterbrotens oben am Anschlag. Er nahm sie nach einer einige hundert Meter entfernten Stelle im Querschlag mit, um dort einen entgleisten Bergewagen aufzurichten. Nachdem diese Arbeit erledigt war, ging der Steiger in entgegengesetzter Richtung zu einem nahe gelegenen, im Betrieb befindlichen Windloch. Er wurde an dieser Stelle durch die Explosionsgewalt verbleit und bekränzt, daß kurz nachher, nachdem der Wagen ausgerichtet war, die Explosion erfolgte. Die Kammerabfuhr trat den Rückweg an. Da ein Leerzug in ihrer Richtung vorbeifuhr, werden sie ihn zum Mitschleppen benützt haben. Diese Annahme ist deshalb wahrscheinlich, weil sie gleichzeitig mit diesem Zuge an der Unfallstelle ankamen. Bei ihrer Ankunft erfolgte die Explosion. (Vergleiche den Bericht in der vorigen Nummer dieser Zeitung.)

Dem Fachmann fällt auf den ersten Blick sofort die Tatsache in die Augen: Anknüpfung einer elektrischen, mit Oberleitung betriebenen Lokomotive in die Nähe einer Quelle leicht entzündbarer Gase! Dieses um so mehr, weil die Funktion einer solchen unterirdisch fahrenden Lokomotive fehlt.

Vergleichen wir die Versuchsreihe in der Nähe der mutmaßlichen Explosionsursache ein Gutachten. Ohne Zweifel ist Venting schon infolge seiner Tätigkeit ein tüchtiger Fachmann auf diesem Gebiet. Nachdem er alle möglichen Entzündungsmöglichkeiten durchgeprüft und verneint hat, bleiben ihm noch drei im Bereiche der Möglichkeit: 1. Zerstreuung einer elektrischen Glühbirne, die als örtliche Beleuchtung am Anschlag angebracht war. 2. Zündung durch eine der vorhandenen Sicherheitslampen. 3. Durch die vorbeifahrende Lokomotive. Die Entzündung durch die Glühbirne könnte dadurch entstanden sein, daß dieselbe durch irgendeinen Gegenstand (Stange, Hebel, die zum Ausfristen des Steinwagens benützt wurden) zertrümmert wurde. Den wesentlichsten Teil des Gutachtens nimmt die Darstellung der Zündungsmöglichkeit durch die Sicherheitslampen in Anspruch. Demnach kann eine Lampe mit Funkenbildung (ähnlich der Zerkleinerung bei Taschenfeuerzeugen) unter besonderen Umständen Zündwetter zünden. Bei der Reibung zweier Funkenbildung werden von dem Steine eine Menge kleiner Staubteilchen abgerieben, ohne zu verbrennen. Diese bedecken das Lampenglas und können, wenn durch heftigen Stoß oder Schlag ausgewirbelt, sich an der Lampenflamme sowohl wie an überhitztem Drahtzylinder entzünden, wobei innerlich der Lampe eine kleine Explosion entsteht. Bei dieser Gelegenheit können einzelne glühende Staubteilchen von mikroskopischer Kleinheit durch den Drahtkorb hinausgeschleudert werden und draußen Zündwetter entzünden. Einen solchen Vorgang nennt Venting als die wahrscheinlichste Entzündungsursache an. Zur Frage der elektrischen Lokomotive äußert er sich mit nur wenigen Worten, hält aber diese Zündungsmöglichkeit für „fast ausgeschlossen“, da bei Austritt in einen sehr starken Wasserstrom des Querschlags das Gas kaum explosionsfähig sein könnte.

Dazu folgendes: Am allerwahrscheinlichsten erkrankt die Kombination mit der Sicherheitslampe als Ursache. Überhauptige Drahtwerke gab es in den Lampen nicht, weil sich die Lampe längere Zeit im Luftstrom, starken Wetterzuge aufgehängt haben. Auch hierzu die doppelten Drahtwerke eine gewisse Sicherheit, selbst bei solchen geringen Staubkonzentrationen innerhalb der Lampe. Am wahrscheinlichsten liegt die Zündung durch die Lokomotive. Daß dieselbe nach der Explosion bereits in dem Anschlag vorbei im frischen Luftstrom stand, bezeugt die Tatsache, daß durch die verbleibenden Umstände nach der Schlagwetterexplosion noch ein weiteres Stück gefahren sei. Es ist bekannt, daß Schlagwetter auch im frischen Luftstrom, besonders, wenn durch eine starke Quelle immerwährend gespeist, leicht entzündbar sind, wobei sie mit einer wogenden Flamme verbrennen. Die Annahme liegt nahe, daß der Funkenregen, der durch die fahrende Lokomotive in der Oberleitung erzeugt wurde, das Gas entzündete. Schwindelhaft war die Annahme hin und her, schloß dadurch neue Komplikationen und führte schließlich zur Explosion in der eigentlichen Gasquelle, dem Gesent.

Uebrigens hat die Grubenoberaufsichtskommission bei ihrer Befahrung bereits große Veränderungen vorgenommen. Alle Förderwagen des Berges waren entfernt und die Lokomotive war verschoben. Ob sie an der bezeichneten Stelle nach der Explosion überhaupt bestanden hat, ist noch sehr fragwürdig, da, obwohl mehrere Glasstücke an derselben zertrümmert waren, man vergebens nach Glasstücken in der Nähe suchte. Mit auffälliger Eifer und unverständlichen Argumenten bekämpften die Werkvertreter alle Annahmen, die auf diese Ursache hinführten.

### Ein tödliches Unglück durch Seilbruch.

Auf der Seche Auguste Viktoria bei Süls verunglückten am 21. Juli, abends 11 Uhr, vier Bergleute infolge Seilbruchs in einem zur Seilbahn nicht zugelassenen Windloch tödlich. Die bergpolizeiliche Untersuchung schwebt noch.

### Krise im mitteldeutschen Bergbau. Arbeitslosigkeit und Feiertagskrisen, Not und Elend.

Noch immer lasten die Nachwirkungen der in den vergangenen Jahren betriebenen geradezu wahnwitzigen Wirtschaftspolitik der Unternehmer über dem mitteldeutschen Bergbau. In einer unserer letzten Nummern wiesen wir bereits auf die katastrophale Lage in der Kaliindustrie hin. Zwischenen haben sich aber die Dinge noch verschlimmert. Im ganzen Halbeschen Bezirk arbeiten, und zwar verkürzt, nur noch zwei Werke, alle anderen Halbeschen liegen still. Durch diese verberbliche Stagnation werden die Braunkohlengruben, zu deren Hauptabnehmern neben der chemischen und Elektroindustrie die Kulturwerte gehören, sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Im Durchschnitt werden pro Woche drei Feiertagskrisen verfahren. Außerdem wurden überall Massenentlassungen von Bergarbeitern vorgenommen. Die Arbeit auf den Abraumtrieben ist zum größten Teil eingestellt. Wenn nicht bald eine Besserung eintritt, ist mit einer Massenflucht von Betrieben zu rechnen, da sich eine weitere Verkürzung der Schichten wirtschaftlich nicht mehr tragen läßt. Die gleiche Erscheinung macht sich auch in der Niederlausitz bemerkbar. Trotzdem die Belegschaften schon sehr stark vermindert wurden, werden überall Massenentlassungen vorgenommen. Unsere Organisation hat alle Hände voll zu tun, um die schlimmsten Auswüchse dieser Krisenperiode zu beschneiden.

Ähnlich liegen die Dinge auch im Mansfelder Kupfer- und Eisenerzbergbau. Selbst starke Zuschüsse der Regierung und sonstige Vergünstigungen, Frachtermäßigungen usw. haben nichts genutzt. Man hat hier den Eindruck, vor einer sterbenden Industrie zu stehen.

Daß alle diese Erscheinungen unser Organisationsleben sehr stark belasten, liegt auf der Hand. Desto unerfreulicher ist es, daß es unter Ausnutzung dieser schweren Lage den Grubenbesitzern gelungen ist, an verschiedenen Orten die gelben Giftpflanzen wieder wachsen zu lassen. Dabei zeigt es sich, daß gerade die ultraradikalen Bezirke für dieses Gift am leichtesten zugänglich sind. So arbeiten die Gelben gegenwärtig in der ehemaligen Hochburg der SPD, dem Bochwitzer Bändchen, wo ehemals ein befandener Sekretär der SPD, sah, am uppigsten. Die rechtswidrigen Entlassungen der Arbeiter sind hier besonders zahlreich.

daß gegenwärtig die Mitgliedsbeiträge zur gelben Organisation gleich vom Lohn abgezogen werden. Möge dieses Beispiel den anderen Kameraden zur Warnung dienen.

Die Unternehmer haben mit ihren Voraussetzungen völlig Schiffbruch erlitten. Ihrem Wunsch gemäß wurde die verlängerte Arbeitszeit eingeführt und doch ist es zu der jetzigen Krise gekommen. Das Mittelmittel der mechanischen Arbeitszeitverlängerung hat völlig versagt und die Entwicklung weist darauf hin, daß in der gesamten deutschen Wirtschaft eine Beschleunigung fortschrittlicher Betriebsführung und Betriebstechnik herbeigeführt werden muß. Die bisherige Methode der einseitigen Ausnutzung der durch die Inflation bedingten immatериellen Monopolstellung der deutschen Industrie auf dem Inlandsmarkt hat zu geradezu lässlichem Ende geführt. Eine Besserung kann nur durch eine Wiederbelebung des deutschen Kapitalmarktes herbeigeführt werden. Desto unerfreulicher ist der Stumpf gewisser Industriellenkreise gegen die Annahme des Sachverständigengutachtens. Sollen sich auf diesem Gebiete noch weitere Komplikationen ergeben, so wäre das der Anfang zu einer Wirtschaftskatastrophe, deren Folgen noch gar nicht abzuschätzen sind. Die Verantwortlichen wären wieder vor allen die Arbeitnehmer, in diesem Falle aber ganz besonders die Bergarbeiter.

Unter den Schicksalsschlägen dieser Entwicklung werden auch die launesten Bergarbeiter bald wieder zur Bettelarmut kommen und in der Organisation, dem Bergarbeiterverband, das große Reservoir ihrer Straff suchen, mit der sie sich gegen alle diese Fallstricke kapitalistischer Wirtschaftsführung wehren müssen.

### Reaktionäre Stoßleuzer der Eisensteinunternehmer.

Eine der Strophäen der Eisensteinindustriellen des Ruhrreviers, der Bergarbeiter Dr. h. c. Groebler, gab in der Hauptversammlung der Ruhrindustriellen Eisenwerke einen Bericht, der um „Wetzlarer Anzeiger“ vom 9. Juli veröffentlicht wurde, über die Geschäftslage. Nach diesem Bericht nahm Groebler zur Krise in der Eisensteinindustrie Stellung und zog Schlussfolgerungen, die so recht von der erschrecklichen Realität und Weltfremdheit gewisser Unternehmerkreise gegenüber den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Problemen der Gegenwart Zeugnis ablegen. Nach einer allgemeinen Schilderung der im Erzbergbau sich bemerkbar machenden Schwierigkeiten gab er „Anzeiger“ zur Klärung des gegenwärtigen Zustandes. Diese Fingergelbe stellen ein geradezu jämmerlich mageres Geistesprodukt dar. Groebler wies auf die Not der armen Unternehmer des Eisenbergbaues hin und zeigte, wie wenig Verständnis die bösen Gewerkschaftsführer für das Unternehmertum haben. In dem veröffentlichten Bericht des „Wetzlarer Anzeigers“ heißt es u. a.:

„Tadel wird seitens der Arbeitervertreterungen die Lohnschränkung immer noch weiter angezogen und die Unternehmer sind, um die Stilllegung der Betriebe zu vermeiden, dazu gezwungen, ihnen Konzessionen zu machen. Wahrend so auf diese Weise die Industrie gegenwärtig in Todeszuckungen liegt, leisten sich auf der anderen Seite die Gewerkschaften Wochen- und Monatslange Streiks um Lohn- und Arbeitszeit. Die Folge davon ist, daß das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern nach und nach ein sehr gespanntes geworden ist.“

„Weil also die Gewerkschaften die Lohnschränkung immer noch härter anziehen“, trat die Industrie gegenwärtig in Todeszuckungen“. Diese Behauptung wirkt allerdings des gegenwärtigen Bergarbeiterelends, angesichts der besonders in der Eisensteinindustrie nach unten gedrückt Lohn- und der sonstigen veränderten Arbeitsverhältnisse wie beißen der Hohn.

„Die bösen Gewerkschaften, die letzten Bergarbeiter und die armen, unterernährten Unternehmer der Eisensteinindustrie!“

Der Herr Bergarbeiter hat aber auch noch andere Schmerzen. Es heißt da in dem betreffenden Bericht weiter:

„Man hält die Gewerkschaften schon seit langem für überlebt und wenn die Gewerkschaftsführer nicht den Mut und die Einsicht anbringen, ihre Ziele und Methoden zu ändern, so werden sie eines Tages freiwillig oder unfreiwillig von der Bildfläche verschwinden müssen.“

Dieser Satz zeigt das wirkliche Gesicht des Bergarbeiters Groebler, der in den meisten Streifen als ein besonders ausgeprägter Schwarzmaier bekannt ist. Das konnte man Herrschaften so passen: „Die Gewerkschaften müssen freiwillig (also!) oder unfreiwillig verschwinden!“

Wir sind der Meinung, daß viel eher die Interessenorganisation der Bergwerksbesitzer verschwinden müßten. Davon schreibt aber der Herr Bergarbeiter h. c. nichts!

Bergarbeiter des Eisenbergbaues: haltet die Augen auf! Ihr werdet schon wissen, welche Antwort ihr auf diese durchsichtige Bezeichnung die Gewerkschaften erteilen müßt!

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

#### Ratifizieren oder verelenden!

In Deutsch-Oberschlesien ist durch Schiedspruch in der Gütenindustrie, das Zweischichtensystem an Stelle des Dreischichtensystems eingeführt worden. Die Folge ist, daß dasselbe nun auch in Polnisch-Oberschlesien geschieht! Die polnische Regierung hat der polnisch-oberschlesischen Eisenindustrie eine Verlängerung der Arbeitszeit um zwei Stunden erlaubt. Die Industrie in Deutsch-Oberschlesien antwortete darauf mit neuen Forderungen auf Lohnherabsetzung, damit sie „konkurrenzfähig“ bleiben könne.

Soll dieser Konkurrenzkampf nicht zur völligen Verelendung der Arbeiterschaft führen, so ist eine Sicherung des Achtundzestages durch internationale Vereinbarungen unbedingt geboten.

### Internationale Kundschau.

#### Kürzere Arbeitszeit — höhere Produktion.

Aus dem englischen „Labour Press Service“ wird die folgende Mitteilung eines engl. Grubenbesizers, Edwin Williams, wiedergegeben: „Unter ungeheuren Schwierigkeiten, die noch verschärft wurden durch die inneren und äußeren Bedingungen des Handels, durch die fortgesetzten Forderungen auf höhere Löhne ohne gesteigerte Produktion seitens der Bergarbeiter und durch die fortgesetzte politische Einmischung, ist es den Grubenbesitzern gelungen, die ausländischen Märkte wieder zu gewinnen, die zeitweise verloren waren oder aufgegeben wurden. Es ist ihnen gelungen, durch verbesserte Methoden und große Kapitalanlagen bei einer Siebenpundenschicht das Förderergebnis wesentlich über die höchste Förderung vor dem Kriege zu steigern, als die Achtundzestagesförderung.“

Die Ueberführung der Vorkriegsförderung ist natürlich nur möglich gewesen durch die gesteigerte Leistung der Bergarbeiter, die natürlich ihre Voraussetzung hat in der betriebstechnischen Verbesserung. Daß aber diese Steigerung möglich war trotz verkürzter Arbeitszeit, ist ein Beweis für unsere Stellungnahme, daß man die Produktion nicht fördert durch Lohndruck und Arbeitszeitverlängerung, sondern durch Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und rationelle Betriebsorganisation.

Der britische Gewerkschaftskongress, der im September in Hull stattfindet, wird neben Organisationsfragen auch die Fragen der Verstaatlichung der Bergwerke und Eisenbahnen, die Förderung der Gemeinwirtschaft in den Gemeinden, der Verhältnisse für Arbeitslose usw. behandeln.

Eine Chinesensendung des Internationalen Gewerkschaftsbundes für Georgien, deren Weiterleitung durch Rußland sabotiert wurde, ist durch das rote Kreuz in den Endstadien Georgiens verteilt worden.

### Aus dem Kreise der Kameraden.

#### Unsere Toten.

Kamerad H. Am 23. Juli starb infolge Unglücksfalles unser Mitglied Robert Vachnitsch. Derselbe war stets bereit, seine ganze Person in den Dienst der Organisation zu stellen. Die Zahlstelle verliert in ihm ein sehr eifriges Mitglied und wird noch lange seiner gedenken.

Zahlstelle Gabelitz: Im Alter von 39 Jahren starb der Kamerad Karl Krauß aus Gabelitz. Schon in seinen jungen Jahren war er ein guter Vertreter der Partei und des Bergarbeiterverbandes. Die Zahlstelle wird sein Andenken in Ehren halten!

#### Der Deputatlohlenpreis.

Nicht 50, sondern 30 M. für den Zentner.

Am 17. Juni d. J. stand am Berggewerbegericht Dortmund, Spruchkammer Duisburg, eine Klage an, in der die Kläger die ihnen zuviel abgefallenen Deputatlohlengebühren zurückverlangten. Das Gericht entschied, daß die Beklagte den Betrag von 5,20 M. für 26 Zentner Kohlen à 20 Goldpfennige für den Zentner zurückverlangt habe und zwar aus folgenden Gründen:

Infolge der Inflation konnte die durch den Manteltarif vorgesehene Bezahlung praktisch nicht mehr erfolgen. Die Zechen haben deshalb nach der Stabilisierung der Währung sich auf den Standpunkt gestellt, 50 Goldpfennige als einen Teil der Selbstkosten einzubehalten. Die Vorkläger der Arbeitnehmer, 25 Goldpfennige zu zahlen, wurden abgelehnt. Nun ist durch Schiedspruch vom 27. Mai 1921 der Deputatlohlenpreis auf 40 Goldpfennige festgesetzt worden. Unter Verdrächtigung der Verhältnisse des Kohlenpreises zum Lohn, wie es durch Schiedspruch als berechtigt anerkannt worden ist, hat es das Gericht für billig und angemessen gehalten, daß für die vom 1. Januar bis 1. Juni 1921 geleisteten Deputatlohlen nur ein Preis von 30 Goldpfennigen von den Arbeitnehmern an die Zechen zu zahlen ist. Wer nun glaubt, daß die Zechen an Hand dieser Klage den übrigen Belegschaftsmitgliedern, die noch nicht geklagt, aber dieselben Forderungen wie die Kläger haben, die zuviel abgefallenen Kohlengebühren zurückverlangt, ist im Irrtum, denn dadurch, daß sie es abgelehnt hat, zwingt sie auch die übrigen Belegschaftsmitglieder, den Klägeweg zu beschreiten. Oder glauben die Unternehmer etwa, daß die Bergarbeiter nicht den Mut hätten, den Klägeweg zu beschreiten?

### Knappschäftliches.

#### Knappschäftswahlen im Siegerländer Eisenbergbau.

Die Siegerländer Knappschäftswahlen am Sonntag, den 10. August d. J., ist gefolgt. Noch eine kurze Zeile hier haben wir vor uns, um die Saumseligen anzurufen, damit auch diese die Bedeutung dieser Wahlen, welche das erstmalig nach dem Verhältnissystem vorgenommen werden, erkennen. Wir um so größerem Eifer muß sich deshalb die in Arbeit befindliche Arbeiterklasse aus Sachheit und Güte an der Wahl beteiligen, damit der Wunsch der Verantwortlichen bei der Wahl zum Ausdruck gebracht wird und die gewählten Knappschäftswahlen nach der Wahl mit um so größerem Erfolg an der Verbesserung der zurzeit bestehenden Mangelzustände herangeführt werden können. Weiter müssen diese Wahlen gerade den Abgeordneten des Reichstages eine Warnung sein, damit dieselben den dem Parlament unterbreiteten Anträgen auf Verschlechterung des Reichsstaatslohngesetzes ihre Zustimmung verweigern. Wird doch von den Unternehmern geplant, die Rente von 40 auf 25 Prozent des jeweiligen Stundenlohns herabzusetzen. Die Verbesserungen des Gesetzes sind gerade in der Bergbau-Bez. schon so oft hervorgehoben worden, auch werden dieselben in allen Versammlungen eingehend erläutert, so daß wir wohl heute darüber hinweggehen können. Bei der großen Arbeitslosigkeit ist es uns nicht möglich, in allen Zonen Mandatäre aufzustellen. Trotzdem müssen auch in diesen Zonen unsere Kameraden zur Wahl gehen, da uns diese Stimmen in den anderen Zonen nützlich kommen. Bei der Verhältniswahl wurden die Stimmen innerhalb der Wahlzone zusammengefaßt und nach den erhaltenen Stimmen die Mandate auf die Vorklägerstellen verteilt. Darum darf am 10. August keiner den Weg scheitern, auch wenn derselbe gezwungen ist, einen Zwangsraum von einer Stunde zu machen. Weiter muß von unseren Funktionären darauf geachtet werden, daß der 10. August von den Sportvereinen freigegeben wird, damit uns dadurch keine Stimmen verloren gehen. Am Wahltag muß die Vorklägerliste des Altverbandes, welche die stärkere Gewähr dafür gibt, daß die Vertreter alles emfassen werden, um eingetretene Verschlechterungen zu bekämpfen und das Bestehende zu verbessern, einen großen Erfolg erringen. Um dieses zu erreichen, muß der Stimmzettel mit dem Sternwert des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands verlesen und abgegeben werden.

#### Altverband

verlesen und abgegeben werden.

### Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 31. Woche (vom 27. Juli bis 2. August) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Die Mitglieder: Richard Tittler (S.-Nr. 128 160), Zahlstelle Kortrop 17, August Daut (S.-Nr. 56 188), Zahlstelle Altenessen 11, und Hermann Fischer (S.-Nr. 128 656), Zahlstelle Werries, Emil Eub (S.-Nr. 50 395), Zahlstelle Wattenberg 11, und Paul Damer (S.-Nr. 587 201), Zahlstelle Stoppenberg, sind wegen Fälligkeit des Verbandes auf Grund des § 6 des Verbandsstatuts und wegen Verstoßes gegen den Beschluß der Gießener Generalversammlung (1921) aus dem Verbands ausgeschlossen. Das Mitglied Ludwig Töbler (S.-Nr. 333 110), Zahlstelle Neustirchen, ist wegen Unterzahlung von Verbandsgeldern und wegen antimerkantilistischem Verhalten gegen Verbandskameraden auf Grund des § 6 des Verbandsstatuts aus dem Verbands ausgeschlossen.

Erklärung. In dem in Bochum festgefundenen Betriebsratkongress am Karfreitag d. J. habe ich Flugblätter verbreitet, wodurch das Ansehen des Verbandes geschädigt wurde. Ich bedauere, diese Flugblätter verteilt zu haben, deren Inhalt ich nicht gekannt habe, und erkläre, in Zukunft derartiges zu unterlassen und mich nach dem Stand zu richten.

Eisen-Vorbed, 16. Juli 1921.

Fritz Süßbert.

Den Alten zur Ehr	<b>Jubiläumstafel</b>	Den Jungen zur Lehr
<p>Zahlstelle Vokum-Hövel: Johann Goller, August Rotaer, Fernh. Müller, Gebhardt sen., Joh. Dammberg, Kurt Schmidt, Otto Dedert, Wilh. Sänel, Albin Seef, Eduard Klapper, Albert Köhrle, Emil Kropp, Franz Riedel, Johann Lippold, Aug. Freuß, Aug. Elger, Wilhelm Neumann. Zahlstelle Niedersach (Eberhahn): Joh. Trägl, Joh. Ammer, Rudw. Stehle, Rudw. Gruber, Rader Niedermeyer, Josef Maurer. Zahlstelle Königshorn: Friedrich Barthold, Friedrich Kube, Heinrich Gröper. Zahlstelle Wörs: Anton Hartwig, Sebastian Koch. Zahlstelle Neukendorf (Niedersch.): Heinrich Hoffmann, Karl Rosenberger. Gleichzeitig mit diesen beiden Jubilären feiern in sehr gut beläufiger Festlichkeit die Zahlstelle Runderdorf das 25. Jubiläum des Bestehens.</p>		

Zur Beachtung! Alle Beiträge für die Jubiläumstafel müssen Angaben über innegehabte Verbandsämter der Jubiläre enthalten. Andere Aufschriften werden nicht berücksichtigt. Wer die Verbandsfunktionen ausübt, kann nicht berücksichtigt werden.

